

die „Leipziger Meile“ voraussehen könnte, er der Wählerredaktion gern ein warmes Gabelstößchen opfern wollte. Ich setzte dagegen ein höchst eckiges Glas Erbsen von 25000 Abonnenten, das denn auch ein halbes Jahr später fällig wurde. Grillenberger hatte es von Nürnberg gesandt, Schoenlant spendete die Rabis und Friedrich Gener tanzte mit Mutter St. in mittenächtiger Stunde vier Treppen hoch einen tadellosen Walzer. Und das im Hause eines königlich sächsischen Hoflieferanten, desselben, der am folgenden 1. Mai meine prächtige Maifahrt durch die Polizeigewalt einziehen ließ.

Doch kehren wir zu dem chronologischen Gang der Dinge zurück. Unser alter Geschäftspraktikus Kleemann — im persönlichen Verkehr mit ihm pflegte ich mich noch etwas deutlicher auszudrücken — hatte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Preßkomitees im Genossen Schoenlant, der vorher aus der Redaktion des Vorwärts ausgeschieden war, einen Chefredakteur für die neue Leipziger Volkszeitung aufgetrieben, und dieser erschien eines Tages in Leipzig, um über die Besetzung der neuen Redaktion zu verhandeln. Genosse Manfred Wittich sollte das Feuilleton übernehmen, wie es jetzt Dr. Morgenstern bearbeitet, doch lehnte er das schließlich ab, während sich Genosse Geyer wenigstens für die erste Zeit zur Bearbeitung des sächsischen Teiles bereit erklärte. Auch er schied aber bald aus der Redaktion des neuen Blattes aus, da er schon vorher die Redaktion des Tabakarbeiters übernommen hatte, doch blieb er ständiger Mitarbeiter. Als zweiten politischen Redakteur engagierte Schoenlant den Genossen Rahenstein und ich selbst blieb Lokalredakteur. Dabei erhielt ich von Schoenlant die Weisung, jeder 2... muß ins Blatt. Genosse Lipinski wurde Berichterstatter für alles. Am 30. September 1894 erschien die Probenummer. Am Abend vorher hatte ich eine Werkstattversammlung in Eutritsch besucht, in der es sich um Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis handelte. Unter dem frischen Eindruck der Lehren, aber sehr ausgebreiteten Auseinandersetzungen entstand der in der Probenummer abgedruckte Bericht darüber — auf dem Bayrischen Bahnhof im Wartezimmer 1. Güte. Nach Durchsicht des Artikels am andern Morgen erhielt ich von Schoenlant sofort eine gute Fenix für die prompte Berichterstattung. Er hatte ja keine Ahnung, wo und wie sie zustande gekommen war.

Bald darauf begannen ernste Kämpfe kommunalpolitischer Art. Der bekannte „tüchtige Gemeindebeamte“, wie ihn die Leipziger Zeitung nannte, hatte das Attentat auf das gleiche kommunale Wahlrecht ausgeheckt und der sprichwörtliche „günstige Wind“ hatte uns die bis dahin streng geheim gehaltene Vorlage in die Redaktion geweht. Ihre sofort vorgenommene Veröffentlichung brachte Leben in die Leipziger Arbeiterschaft, die sich zwar schon vorher an den Kommunalwahlen beteiligt hatte, aber doch zum großen Teil den Gemeindegemeinschaften noch ziemlich teilnahmslos gegenüberstand. An einem und demselben Abend fanden in allen Bezirken Protestversammlungen statt, die so imposant verliefen, wie sie vorher noch nachher in Kommunalangelegenheiten zustande gekommen sind. Der „tüchtige Gemeindebeamte“, dem durch eine Reihe von Jahren von der Stadtverordnetenversammlung die Richtigsprechung seiner Armenamtsrechnungen verweigert worden war, kam in den Demonstrationen wirklich nicht zu kurz weg. Wenige Tage später aber war die Erdrosselung des gleichen Kommunalwahlrechts zur Tatsache geworden und abermals wenige Tage später hatte das neue Dreiklassenwahlrecht bereits die oberbehördliche Sanktion erfahren. Gelegentlich können eben auch die Behörden flott arbeiten. Bereits Ende November 1894 wurde nach dem Dreiklassensystem gewählt und vier Genossen, von denen heute nur noch Genosse Schönherz übrig geblieben ist, zogen in das Stadtparlament ein. Schnell vorher aber nahm das Kollegium noch gegen nur sehr wenige Stimmen einen Antrag auf Strafverfolgung gegen die Leipziger Volkszeitung wegen Beleidigung an, die in einem Artikel, der sich gegen die Wahlrechtsverletzung richtete, gefunden worden war. Genosse Rahenstein hatte die betreffende Nummer verantwortlich gezeichnet. Er fühlte den Artikel, wenn ich nicht irre, später mit fünf Monaten.

Im Herbst 1895 hatte ich noch eine der aus der Wählerzeit herrührenden Strafen abzumachen. Bei meiner Entlassung holte mich Genosse Illge, der nach dem Ausscheiden des Genossen Geyer Redakteur des sächsischen Teiles geworden war, vom Gefängnis ab. In der Freude des Wiedersehens lehrten wir in den Panoramagarten ein, wo ich ihm meine überragend durchaus anständige Behandlung im Gefängnis schildern mußte. Illge hatte damals noch keine Ahnung, daß er 48 Stunden später dieselbe, eben von mir verlassene Gefängniszelle bewohnen würde. Liebknecht sollte auf dem Breslauer Parteitag den Kaiser beleidigt haben und der greise Genosse wurde dann zu Gefängnis verurteilt. Hierüber hatte ein Redaktionskollege eine gepfefferte Notiz verfaßt. Als wir an meinem Entlassungstage in der Mittagsstunde in die Redaktion kamen, las Illge, der damals verantwortlich zeichnete, zwar noch den Artikel, ließ ihn aber passieren. Das sollte sich schwer rächen. Ich war am andern Morgen in die Ferien und zwar zunächst nach Frankfurt a. M. gereist, wo ich mit einigen alten Buchdruckerkollegen zusammentraf. Tags darauf fuhr ich nach Mainz, nachdem ich mir vorher auf dem Perron noch eine Nummer der Frankfurter Zeitung gekauft hatte. Gerade im Augenblick, als der Zug in Mainz einfuhr, fiel mein Blick auf ein Leipziger Privattelegramm, wonach der verantwortliche Redakteur der Leipziger Volkszeitung wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft genommen worden war. Ich wußte genug, und sofort war mir klar, daß Schoenlant die Nachricht für mich nach Frankfurt telegraphiert hatte und daß meine Ferien vorläufig zu Ende waren. Am folgenden Morgen 4 Uhr befand ich mich denn auch wieder in Leipzig und um 8 Uhr in der Redaktion. Dort herrschte eine äußerst schwüle Stimmung und es dauerte auch nicht lange, bis Schoenlant in Worten, die jedes Mißverständnis ausschlossen, seinem Herzen Luft machte. Nach einigen Tagen gelang es, Illge gegen hohe Kautions, die die Leipziger Buchdrucker zur Verfügung stellten, aus der Untersuchungshaft herauszubekommen. Er wurde später zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt, die er in Zwickau verbüßte. An seinem Entlassungstage stand ich morgens um 4 Uhr vor dem Tore des Zwickauer Landesgefängnisses in der Nähe einer Hausflur. Es regnete Bindfaden. Gegen 5 Uhr erschien eine Droßke, die Illge mit seinem Gepäc zum Bahnhof zu bringen hatte. Ich hielt sie an, als sie an mir vorbeifuhr, und stieg ein. Mein Freund war nicht wenig überrascht. Das Wort zu einer zusammenhängenden Erzählung und er

erst im Wartesaal des Bahnhofs, wo wir bis zum Abgang des Zuges Zeit zu den ersten Mitteilungen hatten. In Leipzig angekommen, gingen wir diesmal direkt in die Redaktion. Dann kam Genosse Rahenstein an die Reihe, der sich selbst außer seiner ersten Strafe noch eine böse Suppe eingebrockt hatte, die ihm noch einige Monate einbrachte.

Um dieselbe Zeit legte die sächsische Reaktion Hand an das bestehende Landtagswahlrecht als Antwort auf einen sozialdemokratischen Antrag, das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen. Damals wurde die Wahlrechtsliga gegründet. Sie erstreckte sich aber nur eines kurzen Daseins. Das Statut der Liga war in der Zeitung veröffentlicht worden. Daneben war aber noch ein Sonderabdruck hergestellt worden, der den zahlreichen Mitgliedern ausgehändigt wurde. Der Wortlaut dieses Sonderdruckes wich aber in einem ganz nebenbei liegenden Punkte von dem beim Polizeiamt eingereichten und in der Volkszeitung veröffentlichten Wortlaut etwas ab. Das war der Vorwand für das Leipziger Polizeiamt, die Liga aufzulösen. Polizeidirektor Bretschneider teilte die Auflösung dem Vorsitzenden der Liga, dem Genossen Schoenlant — durchs Telefon mit. Die Liga war tot, um so höhere Wogen aber schlug die Protestbewegung gegen die Verschlechterung des Landtagswahlrechts. Gewaltige Demonstrationen wurden in der Stöttericher Halle abgehalten. Nur ein kleiner Teil der Demonstranten konnte Eintritt in die Halle erlangen. Eines Sonntagnachmittags sprach Bebel in Stötterich. Die sich an diese Versammlung anschließende Straßendemonstration war rein spontanen Charakters. Die Leipziger Parteileitung hatte die Veranstaltung einer Straßendemonstration ausdrücklich abgelehnt. Das hinderte aber nicht, daß gewaltige Menschenmassen geschloffen in die Stadt zogen. Die sich ihnen auf dem Thonberg entgegenstellenden Polizeimannschaften waren dem Massenandrang gegenüber machtlos.

Herr Polizeidirektor Bretschneider hat auch in anderer Beziehung erfahren müssen, daß sich der Gang der Dinge nicht immer nach seinem Willen richtete. Als Schoenlant als Chefredakteur das Polizeiamt anging, auch der Volkszeitung den täglichen Polizeibericht zu überlassen, wurde das Ansinnen schroff zurückgewiesen. Mit dem 1. Januar 1896 war ich ins Stadtverordnetenkollegium eingetreten und unternahm es gelegentlich der Etatberatung, die unterschiedliche Behandlung der Tageszeitungen und die Verweigerung des Polizeiberichts scharf zu kritisieren. Der anwesende Polizeidirektor erklärte darauf feierlich, daß, solange er die Ehre habe, dem Leipziger Polizeiamt vorzustehen, nicht daran zu denken sei, daß das sozialdemokratische Blatt den Polizeibericht erhalte. Ueber Jahr und Tag standen die Dinge anders. Gegen entsprechendes Honorar bezog die Volkszeitung bereits noch unter der Amtsführung des Direktors Bretschneider und bis auf den heutigen Tag den Bericht vom Polizeiamt und dieses benutzte ebenso wie der Rat der Stadt und die Staatsanwaltschaft, natürlich ebenfalls gegen Injektionsgebühr, gelegentlich auch die Volkszeitung zur Publikation amtlicher Bekanntmachungen.

Gegen Ende der neunziger Jahre waren bereits mehrere Redaktionskollegen stellvertretungsweise oder auf längere Zeit in der Volkszeitung tätig gewesen, so unter anderem Genosse Dr. Morgenstern und Calwer. In der Hauptsache aber blieb die Zusammensetzung der Redaktion unter Schoenlant dieselbe; nur war an Stelle des Genossen Rahenstein zunächst Dr. Südekum und später Genosse Stampfer eingetreten und neben Genossen Lipinski war anfangs Genosse Mohs und später Genosse Lüttich als Berichterstatter angestellt worden. Ein häufigerer Wechsel aber fand unter den auswärtigen Mitarbeitern statt. Schoenlant selbst arbeitete mit nie verlagendem Eifer, des morgens immer als erster, bis daß er von einer bössartigen Krankheit befallen wurde, die seinen Geist umnachtete und schließlich zu seinem Tode führte. Das ihm seine Redaktionskollegen und die ganze Partei als Bahnbrecher einer durchgreifenden modernen Reform unserer ganzen Parteipresse zu danken hatten, das habe ich an seinem Begräbnistage bei der Trauerfeier im Pantheon im Auftrage seiner Redaktionskollegen in schlichten Worten zum Ausdruck zu bringen versucht. Die Leipziger Arbeiterschaft dankte ihm durch eine beispiellose Beteiligung an seinem Begräbnis.

Schon während Schoenlants Krankheit war Genosse Bloss provisorisch in die Redaktion der Volkszeitung eingetreten; ihm folgte Genosse Jaech, der nach einigen Jahren anstrengendster Arbeit und nachdem auch Manfred Wittich ihm im Tode vorangegangen war, leider das traurige Schicksal Schoenlants teilen mußte. Auch das Begräbnis dieser geistigen Führer der Leipziger Arbeiterschaft gestaltete sich zu gewaltigen Kundgebungen der Dankbarkeit, als deren äußeres und dauerndes Zeichen sie allen dreien auch würdige Denkmäler auf dem Südfriedhofe setzen ließ.

Nach Jaechs Tode übernahm Genosse Dr. Mehring, der schon unter Schoenlant ständiger Mitarbeiter gewesen war, die Chefredaktion und Genosse Seger wurde zunächst Berichterstatter. Nach Dr. Mehring folgte Genosse Dr. Vensch.

Nur zwei Kampferioden lokaler Bedeutung möchte ich noch erwähnen. Die Entwicklung unserer Partei litt seit langem unter der leidigen Lokalfrage. 1903 rückten wir der Reichstagswahl näher. In der inneren Stadt und im Nordbezirk stand uns kein einziges größeres Versammlungslokal zur Verfügung. Alle gütlichen Verhandlungen mit den Saalinhabern schlugen fehl. Genosse Rag Seyferth hatte sich mühsam, aber vergeblich gequält. Da erschien Paul Kleemann bei mir in der Lokalredaktion mit der lakonischen Bemerkung, der Worte seien nun genug gewechselt, es gelte nun zu handeln. Eine kurze Beratung zwischen Kleemann, Seyferth und mir und es ging aufszu. Die Parteileitung wurde schnell informiert und stimmte unserm Vorhaben zu. 48 Stunden später fand im Felsenkeller zu Magwitz eine öffentliche Volksversammlung statt, die dem Brauereiverein bis zum folgenden Mittag ein Ultimatum stellte, entweder Versammlungslokale oder —! Die am folgenden Tage erscheinende Volkszeitung brachte die Ankündigung, daß der Brauereiverein befriedigende Erklärungen nicht abgegeben hatte. Das bedeutete den Bierbockott — sechs Wochen vor der Reichstagswahl. Die auswärtigen Genossen schütet den Kopf, Bebel äußerte in draßiger Weise Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Leipziger. Aber gerade die mit dem Näherrücken der Reichstagswahl verbundene politische Erregung der großen Masse kam unsrer Aktion zugute. Der Bierbockott wurde mit einer bis dahin unbekanntem Disziplin und Energie durchgeführt. Werzehn Tage nach der Kriegserklärung suchte der Brauereiverein Verhandlungen anzuknüpfen, die sich einige Tage hinzogen, und drei Wochen vor der Wahl stand der Saal des Sanssouci und für den Norden das Schillerischlößchen zur Verfügung. Dem dringendsten

Bedürfnis war abgeholfen. Außerdem aber hatte der Brauereiverein verträglich die Verpflichtung übernommen, seine Mitglieder anzuhalten, ihren Lokalpräsidenten die Verpflichtung aufzuerlegen, die Säle auch der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung zu stellen. Und bei der drei Wochen später stattgefundenen Reichstagswahl nahm Julius Motteler „unserm Hasse“ das Mandat des Leipziger Stadtkreises ab. Uebrigens sollte ich auch Hasse einmal mit einer Notiz „Hasse auf der Leiter“ beleidigt haben. Ich durfte dafür zwei Monate brummen. Außerdem ging dabei vorübergehend mein Stadtverordnetenmandat flöten.

Anfang 1904 brach der große Leipziger Arztkonflikt aus, in dem die Volkszeitung ebenfalls ihren Mann gestanden hat. Auch hier war die Gründung des Sanitätsvereins, der die Angehörigen der Kassenmitglieder mit freier ärztlicher Hilfe versorgte, einer Anregung Kleemanns zu danken. Als Vorsitzender des Aktionsausschusses und Lokalredakteur fiel mir die Aufgabe zu, die damaligen ärztlichen Uebersforderungen trotz des den Ärzten günstigen kreishauptmannschaftlichen Machtspruches energisch zu bekämpfen und so die Vorbedingungen zu schaffen für einen annehmbaren Friedenszustand, unter dem die große Leipziger Ortskrankenkasse die Versorgung der Familienangehörigen mit ärztlicher Hilfe wieder selbst in die Hand nehmen konnte, nachdem von den Ärzten Konzessionen in bezug auf das Arztchenonrat gemacht worden waren. Mit der zunehmenden Arbeit im Vorstand der Ortskrankenkasse ist dann meine Mitarbeit für die Volkszeitung langsam eingeschlafen. Meine Nachfolger in der Lokalredaktion wurden der Reihe nach die Genossen Lüttich, Kressin und Seger.

Um über die sonstigen Entwicklungsphasen schreiben zu können, stehe ich seit 1904 der Redaktion zu fern. Gleichwohl aber freue ich mich des fortgesetzten wirtschaftlichen und inhaltlichen Aufblühens der Volkszeitung als einer unserer wirksamsten Waffen im Befreiungskampfe der Arbeiterschaft, an dem allezeit die Leipziger Arbeiter hervorragenden Anteil nehmen werden.

Aus der Geschichte unseres Parteiblattes.

Von Julius Rehnann.

Die fünfundsanzigste Wiederkehr des Tages, an dem die Leipziger Sozialdemokratie sich in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes wieder ein eigenes Preßorgan schuf, weckt wohl bei allen Genossen, die diese Zeit mit durchlebt haben, Erinnerungen in Hülle und Fülle.

Man vergegenwärtige sich, daß damals jeder, der für die Sozialdemokratie agitirte, oder sich nur offen zu ihr bekannte, sofort den ärgsten politischen und wirtschaftlichen Verfolgungen ausgesetzt war. Die verhältnismäßig geringen Mittel, die damals der sozialdemokratischen Partei hier wie anderwärts zur Verfügung standen, und die in der Hauptsache durch Sammellisten aufgebracht wurden, mußten zum größten Teil verwandt werden zur Unterstützung der Familien solcher Genossen, die wegen ihrer Tätigkeit für die Partei von der Polizei oder den Gerichten eingesperrt oder aber auch von den Unternehmern gemahregelt, gepeht und veroligt wurden. Leipzig war einer der Orte, wo die staatsanwaltschaftliche, polizeiliche und wirtschaftliche Verfolgung der Sozialdemokraten am ärgsten betrieben wurde.

Unter diesen Verhältnissen war es ein heroischer Entschluß, als im Jahre 1887 trotz aller Verfolgungen und Schikanen die Leipziger Parteigenossen sich dahin einigten, das Leipziger Volksblatt herauszugeben. Jedem Genossen war es bei der Beschlußfassung klar, daß durch die Herausgabe dieses Blattes der Polizei die an die Spitze des Unternehmens gestellten Genossen zur Verfolgung präsentiert wurden. Doch es galt der Sache zu dienen und da mußten alle die zu erwartenden Opfer mit in den Kauf genommen werden. Vier Ausweisungen waren denn auch schon im ersten Vierteljahr auf das Konto des neuen Leipziger Parteiblattes zu sehen.

Da finanzielle Mittel nicht zur Verfügung standen, erschlössen das Blatt natürlich unter den dürftigsten Verhältnissen. Zweimal wöchentlich erhielten die Abonnenten je vier Seiten Lesestoff. Höher waren auch damals die Ansprüche nicht, denn den Züricher Sozialdemokrat erhielten die Genossen ja nur einmal wöchentlich, und auch nur dann, wenn ihn die Polizei nicht vorher weggekapert hatte.

Als ich im November 1887 in die Buchdruckerei Albert Seebach als Seher für den Wähler angestellt wurde, waren außer mir noch drei Seher dort beschäftigt. Genosse Gustav Heinisch war Redakteur, außerdem aber auch Maschinenmeister, Expedient, Inseratenannahmestelle und Aushilfsseher. Frau Seebach war als Punktiererin und Falzerin tätig. Der seit dem Juni 1887 ausgewiesene Buchdrucker Seebach selbst haufte unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln in seiner Wohnung und war dort mit als Seher tätig. Das war mit noch einem Radbreher das gesamte Druckereipersonal.

Die Ausgaben für das Blatt waren durchaus gering; auch für die Redaktion wurden so gut wie gar keine Aufwendungen gemacht.

Trotzdem arbeitete das Blatt von Anfang an mit Defizit. Das war auch nur zu natürlich, denn nur knapp 3000 Abonnenten hatte die Zeitung, und auch die Einnahmen aus den Inseraten waren gleich Null.

Nachdem im Jahre 1888 die Möglichkeit bestand, daß dem Weitererzählen des Wählers bei vorsichtiger Redaktion durch die Polizei nichts in den Weg gelegt werden könnte, reifte bei einer Anzahl Genossen der Entschluß, das Blatt in eigener Regie herzustellen, um finanziell besser zu wirtschaften. Nachdem von einsichtigen Genossen als Darlehen die notwendigsten Mittel zur Verfügung gestellt worden waren, galt es noch einen geeigneten Firmenträger zu finden, da damit gerechnet werden mußte, daß der „Besitzer“ der Druckerei bald vor polizeilichen Ausweisung zum Opfer fallen würde. Bald war auch dieser Geldmann gefunden, so daß bereits im September 1887 der Wähler in eigener Buchdruckerei unter der Firma G. S. Richter hergestellt werden konnte. Obwohl der Abonnentenstand des Wählers sich inzwischen auf mehr als 4000 erhöht hatte, auch die Einnahmen aus den Inseraten gestiegen waren, der Buchdruckerei übri-gens auch Einnahmen aus der Herstellung sonstiger Druckarbeiten erwachsen, mußte doch außerordentlich sparsam gewirtschaftet werden, um das Unternehmen über Wasser zu halten.